

Beschluss der 98. Fraktionssitzung am 11. Oktober 2017

Kreisreform stoppen – Kommunalkonvent starten

Die CDU-Fraktion stellt fest:

Die Kreisreform ist gescheitert.

Gegen die große Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger, gegen die Landkreise und kreisfreien Städte, gegen die Gemeinden, gegen die Gewerkschaften und gegen vielfachen fachlichen Rat ist diese Reform nicht mehr erfolgreich umzusetzen. Die ersten Anhörungen am 9. und 10. Oktober 2017 im Innenausschuss des Landtages haben bereits gezeigt: Für das Vorhaben der Landesregierung gibt es weder Zustimmung noch Akzeptanz.

Brandenburg steht vor großen Aufgaben, die Menschen in unserem Land wollen dafür klare Perspektiven. Gerade wegen der strukturellen Entwicklung, der regionalen Unterschiede und der finanziellen Perspektiven im Land Brandenburg brauchen wir eine starke kommunale Struktur, brauchen wir Dörfer und Städte, brauchen wir Landkreise und kreisfreie Städte, die eine zeitgemäße Daseinsvorsorge für alle Menschen gewährleisten. Die Gewährleistung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen ist zudem ein Gebot unserer Verfassung.

Die CDU-Fraktion schlägt vor:

1. Das vorliegende Leitbild zur Kreisgebietsreform wird aufgehoben, beide Gesetzentwürfe werden nicht weiter verfolgt.
2. Der Landtag und die Landesregierung berufen gemeinsam einen Kommunalkonvent ein, um mit der kommunalen Familie und den weiteren Beteiligten die Möglichkeiten einer zeitgemäßen Verwaltungsmodernisierung, Aufgabenübertragung und finanziellen Konsolidierung auf Augenhöhe zu beraten und zu beschließen.
3. Ziel ist es, bis Mitte 2018 eine gemeinsame Vereinbarung zu erzielen, die von allen Beteiligten unterstützt wird, auf breite Akzeptanz stößt und im gesellschaftlichen Miteinander dem Zusammenwirken von Land, Landkreisen, kreisfreien Städten, Städten, Ämtern und amtsfreien Gemeinden als langfristige Grundlage dient.
4. In den Beratungen sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - positivere Entwicklung der Einwohnerzahl und die Auswirkungen der starken Bevölkerungszunahme Berlins auf Brandenburg,
 - keine Zwangsfusionen gegen den Willen der betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte, stattdessen Anreize und fachliche Unterstützung für Kooperationsmodelle und freiwillige Zusammenschlüsse,
 - Erarbeitung einer grundlegenden Aufgabenkritik und Erarbeitung einer umfassenden E-Governmentstrategie, um alle Verwaltungsangebote von Bund, Land und Kommunen zu verbinden,
 - Erarbeitung eines finanziellen Konsolidierungskonzeptes für die kreisfreien Städte, Berücksichtigung der verbesserten Finanzkraft der Kommunen Brandenburgs,
 - Investitionen in die kommunalen Bildungseinrichtungen, in schnelles Internet und flächendeckenden Mobilfunk, verbesserte Bahnanbindungen in den ländlichen Raum, eine gute ärztliche Versorgung,
 - Anpassung des neuen Landesentwicklungsplanes, damit die Städte und Dörfer Brandenburgs ihre Potentiale ausschöpfen können.

Es geht jetzt darum, den begonnenen Diskussionsprozess konstruktiv zu nutzen und viele gute Ideen und Vorschläge aufzugreifen, ohne bewährte Strukturen aufs Spiel zu setzen.

Der Kommunalkonvent für Brandenburg soll eine vertrauensvolle und wertschätzende Verständigung auf Augenhöhe zwischen Landtag, Landesregierung und der kommunalen Ebene ermöglichen. Denn nach zwei Jahren Konfrontation und Kontroverse braucht Brandenburg dringend einen Dialog, der gemeinsame Ziele definiert und das Miteinander unserer Heimat in den Vordergrund stellt.